

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4473

"ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4473 vom 26.11.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5245 des WI vom 05.02.2015
4. Beschluss des Plenums 17/5448 vom 26.02.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hainisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Neuausrichtung der ÖPNV-Förderung im Freistaat Bayern darauf zu achten, dass

- der ländliche Raum bei den ÖPNV-Zuweisungen nicht länger benachteiligt wird,
- der ländliche Raum durch die Einführung eines demografischen Faktors bei den ÖPNV-Zuweisungen gestärkt wird und
- es bei der Busförderung keine Benachteiligung mittelständischer Unternehmen im ländlichen Raum geben wird.

Begründung:

Die ÖPNV-Förderung in Bayern steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Die „Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr“ (RZÖPNV) laufen Ende 2014 aus, bei der Busförderung hat das Innenministerium umfassende Veränderungen angekündigt.

Aus verschiedenen Quellen ist zu vernehmen, dass die ÖPNV-Finanzierung tendenziell die ländlichen Gebiete zugunsten der Ballungsräume benachteiligt und dass geplante Neuregelungen bei der Busförderung zu Nachteilen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum führen können:

- Einer Schriftlichen Anfrage von MdL Muthmann (Drs. 17/2157) ist zu entnehmen, dass die überwiegend ländlich geprägten Regierungsbezirke ohne Ballungsraum – Niederbayern und Oberfranken – sowohl bei den Fahrgästenzahlen als auch bei den ÖPNV-Zuweisungen (jeweils im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) deutlich die Schlusslichter unter den bayerischen Regierungsbezirken sind. Auch in ländlichen Regionen der anderen Regierungsbezirke sind starke Versorgungslücken im ÖPNV zu beobachten. Dieser strukturelle Nachteil muss in Zukunft durch eine geeignete Regelung wirkungsvoll ausgeglichen werden.
- Die Verteilung der ÖPNV-Zuweisungen erfolgt gleichermaßen nach Steuerkraft je Einwohner, Verkehrsleistung (gemessen in Nutzplatzkilometern) sowie Faktoren zur Abbildung des für eine angemessene Verkehrsbedienung erforderlichen Aufwands und zur Berücksichtigung von Kooperationen im ländlichen Raum. Ein demografischer Faktor ist nicht vorgesehen. Mit Blick auf den sich vollziehenden demografischen Wandel wäre die Einführung eines demografischen Faktors aber dringend notwendig.
- Gerade mittelständische Unternehmen in ländlichen Gebieten befürchten eine massive Benachteiligung durch die angekündigte Bevorzugung von Niederflurbussen gegenüber Hochflurbussen bei der Busförderung. Die geplante Änderung ist zwar nach massiven Protesten für 2014 ausgesetzt, allerdings werden derzeit vom Innenministerium neue Kriterien für die Zukunft erarbeitet. Es ist dringend notwendig, dass eine Regelung gefunden wird, die für alle Beteiligten eine vernünftige Lösung bietet und bei der kleinere Betriebe auf dem Land nicht gegenüber den Unternehmen im städtischen Bereich benachteiligt werden.

Bei den geplanten Änderungen in der ÖPNV-Förderung müssen diese Tatsachen berücksichtigt und Benachteiligungen für den ländlichen Raum und mittelständische Unternehmen vermieden werden.

nen Jahren vorbildlich gezeigt, wie man gegen schwarze Kassen, gegen Korruption und Untreue in Unternehmen effektiv vorgeht. Gegen die schulhaft handelnden Personen wurden Strafverfahren geführt. Gegen die Unternehmen wurden Geldbußen von über 1 Milliarde Euro nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht verhängt und dabei vor allem zu Unrecht vereinnahmte Gewinne abgeschöpft. Wir haben ein effektives Instrumentarium. Man sollte sich aber genau überlegen, ob man mit der Einführung eines Unternehmensstrafrechts in Deutschland die Büchse der Pandora öffnet.

Herr Kollege Schindler, Sie haben mich mit Ihren Ausführungen durchaus bestätigt. Auch ich sehe die Gefahr, dass es selbst bei Betrugs- und Untreue-Taten mit mehrstelligen Millionenschäden nicht mehr zu individuellen Strafverfolgungen kommt, weil es in der Tat komplexe Vorgänge sind und sich scheinbar die Möglichkeit eines leichteren Weges der Strafverfolgung von Unternehmen ergibt, wenn wir ein solches Verbandsstrafrecht einführen würden. Aber das wäre der falsche Weg.

Am Ende bleibt es bei einer Einstellung gegen Zahlung in Milliardenhöhe aus der Unternehmenskasse. Das heißt, die schulhaften Täter kämen davon, das handlungs- und schuldunfähige Unternehmen würde bestraft. Damit werden vor allem Unbeteiligte bestraft, die die Normverletzung nicht begangen haben und nicht verhindern konnten. Liebe Genossen von der SPD, damit meine ich natürlich nicht in erster Linie die Aktionäre und ihre ausbleibenden Dividenden, sondern vielmehr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Verbraucher betroffen sein; denn sie müssen am Ende durch einen Lohnverzicht oder durch Preissteigerungen die Zeche zahlen. Schlimmstenfalls führt es zur Aufhebung oder Liquidation eines Unternehmens, wenn man den Weg zu einem Verbandsstrafrecht weitergeht. Das heißt, die Arbeitnehmer wären letztlich die Betroffenen.

Das Unternehmensstrafrecht ist ein absolutes No-Go. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts wäre ein Verfassungsbruch und wird deshalb von der Bayerischen Staatsregierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit dieser rechtsstaatliche Irrläufer nicht ins Bundesgesetzblatt kommt. Sollte einmal ein Vorschlag wie der von Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig werden – auch das kann ich bereits ankündigen –, werden wir diesen Vorschlag sehr genau in den Blick nehmen und prüfen, ob wir dann gegebenenfalls mit einem abstrakten Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht dagegen vorgehen. Der Gang nach Karlsruhe wäre dann eine echte Option. Gott sei Dank sind wir im Vorfeld nicht in einer solchen Situation. Ich hoffe nicht, dass sie eintritt. Wir

werden auf jeden Fall alles tun, was uns möglich ist, um diesen Irrweg so schnell wie möglich aus der Diskussion zu verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/4471 betreffend "Geltendes Recht konsequent anwenden und fortentwickeln – Gegen die Einführung eines Unternehmensstrafrechts" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4472 bis 17/4475, 17/4477 und 17/4478 sowie die Drucksachen 17/4498 bis 17/4501 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Da ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung", Drucksache 17/4470. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Da ist ferner der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen", Drucksache 17/4497. Mit Ja haben 12, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/4473**

ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Spiegelstrich gestrichen wird.

Berichterstatter: **Thorsten Glauber**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
2. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und einstimmig in folgender Fassung Zustimmung empfohlen:

„Die Staatsregierung soll prüfen,

1. ob die ländlichen Räume durch die Einführung eines demografischen Faktors bei den ÖPNV-Zuweisungen wirksam gestärkt werden können und
2. wie bei der Busförderung eine Benachteiligung mittelständischer Unternehmen im ländlichen Raum vermieden werden kann.“

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Li-ma) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4473, 17/5245

ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen

Die Staatsregierung soll prüfen,

1. ob die ländlichen Räume durch die Einführung eines demografischen Faktors bei den ÖPNV-Zuweisungen wirksam gestärkt werden können und
2. wie bei der Busförderung eine Benachteiligung mittelständischer Unternehmen im ländlichen Raum vermieden werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung
Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen!
Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber,
Klaus Stöttner u.a. CSU
Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern
sicherstellen
Drs. 17/2783, 17/5152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dublin-Überstellungen nach Bulgarien aussetzen
Drs. 17/3544, 17/5323 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen – gesundheitliche Vorsorge verbessern I:
Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
Drs. 17/3655, 17/5331 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1:
Realität anerkennen – solidarisch handeln – Menschenrechte achten
Drs. 17/4065, 17/5324 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 2:
Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zügig umsetzen
Drs. 17/4066, 17/5325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 3:
Verantwortung durch Quotenregelung gerecht verteilen
Drs. 17/4067, 17/5326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4:
Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken
Drs. 17/4068, 17/5327 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5:
Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten
Drs. 17/4069, 17/5328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Überprüfung der Personalschlüssel
Drs. 17/4170, 17/5332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Europäische Bankenabgabe
Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken
Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten
Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern
Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag
Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betäubung von Schweinen mit Helium
Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

19. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u.a. SPD Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztag, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD) Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Plattform Gesundheitswirtschaft
Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

24. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD
Novembersteuerschätzung 2014 und
Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016
Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!
Drs. 17/4500, 17/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene
Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975
Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Informationen über die Sekte „Zwölf Stämme“ weitergeben!
Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Bodensee-Schifffahrts-Ordnung (BSO)
Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung
Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

31. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung
nach Durchschnittssätzen erhalten
Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

32. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Berichtsantrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern
Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums
Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche
Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Informationsmaterialien zur „Mittelstufe Plus“ zur Verfügung stellen
Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen
Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

